



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

SYMBOLPOLITIK IN DEN BEZIEHUNGEN POLENS ZU SEINEN NACHBARN

■ ANALYSE	
Kniefall, Denkmäler, Kränze, Gebete.	
Die Politik der Gesten und Bilder in den Außenbeziehungen Polens	2
Peter Oliver Loew, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt	
■ UMFRAGE	
Das Verhältnis zu anderen Nationen	9
■ STATISTIK	
Covid-19 in Polen	14
■ CHRONIK	
Covid-19-Chronik, 16. – 30. November 2020	16
■ CHRONIK	
16. – 30. November 2020	18

Kniefall, Denkmäler, Kränze, Gebete. Die Politik der Gesten und Bilder in den Außenbeziehungen Polens

Peter Oliver Loew, Deutsches Polen-Institut, Darmstadt

DOI: 10.31205/PA.266.01

Zusammenfassung

Die Außenbeziehungen Polens sind mit Symbolen gepflastert, und zwar sowohl in direkten Kontakten mit Vertretern benachbarter Staaten als auch in Form symbolischer Inszenierungen für innenpolitische Zwecke. Ihnen wird auch im gesellschaftlichen Verständnis von außenpolitischem Handeln eine sehr hohe Bedeutung zugemessen, der sich kaum eine Politikerin, kaum ein Politiker entziehen kann. Ausgehend vom Kniefall Willy Brandts am 7. Dezember 1970 in Warschau beschreibt der Text Versöhnungsgesten, Denkmäler und Erinnerungsorte in den Beziehungen Polens zu seinen Nachbarländern sowie deren Nachhaltigkeit. Dabei zeigt sich, dass diese Gesten nur dann verbindend wirken, wenn sie in beiden Staaten gleichermaßen emotionale und politische Relevanz besitzen. Zu einer solchen Geste könnte der jüngst vom Bundestag beschlossene »Ort des Erinnerns und der Begegnung« in Berlin werden.

Die Geste Willy Brandts

Als Bundeskanzler Willy Brandt am 7. Dezember 1970 Polens Hauptstadt Warschau besuchte, war der Anlass die Unterzeichnung eines Abkommens, das den langen Titel »Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen« trug und mit dem beide Staaten nicht nur erstmals diplomatische Beziehungen aufnahmen, sondern die Bundesrepublik auch die Grenze an Oder und Neiße anerkannte. Bevor Brandt jedoch gemeinsam mit Ministerpräsident Józef Cyrankiewicz das lange verhandelte Vertragswerk unterzeichnete, wollte er symbolische Zeichen setzen. Zunächst besuchte er das Grabmal des Unbekannten Soldaten unter den erhalten gebliebenen Arkaden des Sächsischen Palais, das im Dezember 1944 von den Deutschen gesprengt worden war. Dann ließ er sich mit seinen Begleitern zum Denkmal der Helden des Warschauer Ghettos fahren. Es erinnerte seit 1948 an den Aufstand der Jüdinnen und Juden fünf Jahre zuvor im zynisch »jüdischer Wohnbezirk« genannten, abgeriegelten und ausgehungerten Stadtteil. Hier legte er einen Kranz nieder. Was dann geschah, ist seither unzählige Male erzählt worden: Der Kanzler fiel auf die Knie und senkte den Kopf. Alle, die mit ihm zum Denkmal gekommen waren, verstummten, so unerwartet, so unerhört war diese Geste. Fotos und Filmaufnahmen von diesem Kniefall gingen um die Welt. Eine Bildikone war entstanden, ein Symbol von größter Wirksamkeit, das gleich mehrere Leerstellen im bundesdeutschen Erinnern füllte, weil es gleich für zwei Annäherungsprozesse stand oder hätte stehen können – für die deutsch-polnischen und für die deutsch-jüdischen Beziehungen.

Natürlich, auch der Warschauer Vertrag war wichtig. Er regelte die Beziehungen zwischen Westdeutschland

und Polen und ermöglichte den Übergang in eine Phase, die nun »Normalisierung« genannt wurde. Noch am selben Tag sagte Brandt in einer Rundfunk- und Fernsehansprache aus der polnischen Hauptstadt: »Der Vertrag von Warschau soll einen Schlussstrich setzen unter Leiden und Opfer einer bösen Vergangenheit. Er soll eine Brücke schlagen zwischen den beiden Staaten und den beiden Völkern.«

Tatsächlich schlug der Vertrag viele Brücken und stärkte die bereits bestehenden Verbindungen zwischen den beiden Gesellschaften. Er führte zu einer Intensivierung offizieller Kontakte und zu verstärkten gesellschaftlichen Beziehungen. Doch im Bildgedächtnis blieb der Kniefall. Die New York Times berichtete noch am selben Tag: "The drama of the signing of the Polish–West Germany treaty today was almost overshadowed earlier in a touching incident at a memorial to the Jews who died in the Warsaw ghetto under the Nazi occupation." Eigentlich kein Wunder, denn die Fotos von der Vertragsunterzeichnung, auf denen viele ältere Herren in schwarzen Anzügen zu sehen waren, ähnelten anderen Vertragsunterzeichnungen jener Jahre zum Verwechseln.

Die Außerordentlichkeit von Brandts Geste am Ghetto-Denkmal schrieb sich in das Bildgedächtnis Deutschlands und der deutsch-polnischen Beziehungen ein. Der vor dem Denkmal kniende Kanzler ist quasi selbst zum Denkmal geworden, zu einem viel beschworenen Symbol für einen epochalen Umbruch im bilateralen Verhältnis, für den neuen Respekt, den Deutschland Polen zollte.

Willy Brandts Kniefall vor einem Denkmal ist im Laufe der vergangenen Jahrzehnte vielfach erinnert worden, bis er sogar selbst ein Denkmal erhielt: Eine drei Meter hohe, ausgesprochen schlichte Ziegelwand mit einem Bronzerelief wurde am 6. Dezember 2000 von

Bundeskanzler Gerhard Schröder und Ministerpräsident Jerzy Buzek unweit des damaligen Schauplatzes enthüllt. Doch damit nicht genug: Bereits 1997 war in Dortmund Gerhard Rosenfelds Oper *Kniefall in Warschau* uraufgeführt worden (Brandt singt im Bariton), und zum 50. Jahrestag folgen nun, 2020, zwei weitere offizielle Zeichensetzungen. Im Oktober ist eine bundesdeutsche 2-Euro-Sondermünze erschienen, auf der Brandt vor dem Denkmal kniend zu erkennen ist. Im Vordergrund ist deutlich eine Menora zu sehen, die tatsächlich zum Denkmalensemble in Warschau gehört, auf den Fotos von 1970 aber – anders als in den Filmaufnahmen – nicht zu sehen ist. Damit wird das der Brandtschen Geste immanente deutsch-polnisch-jüdische Dreiecksverhältnis stärker betont, als es von vielen Zeitgenossen gesehen worden ist. Dagegen zeigt die im Dezember 2020 erscheinende deutsche 110-Cent-Sonderbriefmarke lediglich Willy Brandt auf regennassen Steinplatten und einen Teil des von ihm abgelegten Kranzes.

Bebildung aller Schulbücher geworden. Aus der Zeit nach dem Krieg bleibt neben Brandts Kniefall allenfalls die Versöhnungsmesse im Kopf, die Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki im November 1989 im niederschlesischen Krzyżowa (dt. Kreisau) feierten. Kohls unbeholfene Umarmung seines polnischen Amtskollegen während des Gottesdienstes gilt als Symbol größter Empathie, die deutsche Staatsmänner jemals Polen entgegengebracht haben.

In späteren Jahrzehnten wurden die Bilder beliebiger: Entweder waren die Anlässe dramaturgisch nicht für das »besondere Foto« geeignet, nämlich die Unterzeichnungen der Grundlagenverträge von 1990 (Grenzvertrag) und 1991 (Nachbarschaftsvertrag), oder die Gesten ähnelten sich aufgrund der begrenzten zur Verfügung stehenden symbolischen Formsprache: Kranzniederlegungen, Ansprachen, Besuche an Orten deutscher Verbrechen. Bei aller Relevanz, die die Akkumulation solcher Handlungen dafür hat, bilaterale Beziehungen zu festigen und medial zu verankern – große, unvergleich-



Relieftafel, Foto: By Szczebrzeszynski – Self-photographed, Public Domain, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=7185794> (abgerufen am 30.11.2020)



Münze: 2-Euro-Gedenkmünze 2020 »50 Jahre Kniefall von Warschau«; Quelle: BVA; Künstler/in: Bodo Broschat, Berlin; Fotograf/in: Hans-Jürgen Fuchs, Stuttgart

Briefmarke »Willy Brandt – Kniefall von Warschau vor 50 Jahren«; Gestaltung des Postwertzeichens: Professor Wilfried Korfmacher, Meerbusch; https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Bilderstreifen/Sondermarken/Programm_2020/Dezember-2020.html (abgerufen am 30.11.2020; aus urheberrechtlichen Gründen können wir die Briefmarke leider nicht abbilden.)

Gesten der deutsch-polnischen Beziehungen

Nur wenige Bildmotive haben sich als ikonische Gesten in der Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen etabliert. In beiden Ländern bekannt sind vor allem Darstellungen aus dem Zweiten Weltkrieg: Deutsche Soldaten am Grenz-Schlagbaum bei Danzig im September 1939 – ein bekanntlich nachgestelltes Foto – oder das Schulschiff »Schleswig-Holstein« mit seinen Schüssen auf die Westerplatte. In Polen kennt man noch viel mehr kanonische Bilder aus dem Krieg, aber nur die wenigsten sind in Deutschland ebenso ins Zentrum der Erinnerung gerückt, noch sind sie Pflicht-

liche Gesten sind offensichtlich nur schwer planbar oder verdanken sich, wie jener berühmte Händedruck Helmut Kohls und François Mitterands in Verdun 1984, besonderen historischen Umständen. Oder sie entziehen sich, wie der Brief der polnischen Bischöfe von 1965 an ihre deutschen Amtsbrüder, jeder bildlichen Darstellung.

Es ist tatsächlich interessant, dass der vielbeschworene Versöhnungsprozess zwischen Deutschland und Polen kaum zentrale Gedenkort hervorgebracht hat, die für beide Seiten von vergleichbarer emotionaler Relevanz sind. Selbst das ästhetisch wenig bemerkenswerte Kniefall-Denkmal in Warschau bezieht seine Bedeu-

tung letztlich aus dem in Deutschland ungleich bekannter gewordenen Bildmotiv und hat auch aufgrund der Tatsache, dass Brandt vor einem Denkmal für jüdische Opfer kniete, nicht für alle Bürgerinnen und Bürger des heutigen Polen eine identitätsrelevante Rolle. Ein anderer vielfach mit symbolischer Bedeutung aufgeladener Ort, die Jugendbegegnungsstätte Kreisau, ist zu allererst ein Ort deutscher Geschichte, der seit 1945 in Polen liegt und heute der Völkerverständigung dient. Die KZ-Gedenkstätten wiederum lassen zwar weder Polen noch Deutsche unberührt, sind aber nur selten Orte, an denen sich die Erinnerungskulturen und -bedürfnisse beider Gesellschaften harmonisch ergänzen.

Doch wenn man eine Ebene tiefer sucht, so findet man zahlreiche Orte, an denen deutsch-polnischer Geschichte gedacht wird: Es gibt sie in Deutschland und in Polen zu Hunderten. In Polen sind es insbesondere Gedenksteine oder Tafeln, die an das einstige Zusammenleben von Deutschen und Polen erinnern oder an die einstigen deutschen Bewohner heute polnischer Orte. So gibt es zum Beispiel im pommerschen Drawno (dt. Neuwedell) einen »Stein der deutsch-polnischen Versöhnung«, der von den ehemaligen deutschen Einwohnern gemeinsam mit der polnischen Stadtverwaltung 1999 eingeweiht wurde, wobei das alte Kriegerdenkmal für den Ersten Weltkrieg einfach eine neue Tafel erhielt. In Nieszawa (dt. Nessau) an der Weichsel steht seit 2004 ein Denkmal für die polnischen und deutschen Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft, mit der zweisprachigen Aufschrift »Wir vergeben und bitten um Vergebung«. Neben dem Denkmal wächst ein »Freundschaftsbaum«, eine von einem deutschen Mädchen und einem polnischen Jungen gemeinsam gepflanzte Eiche.

Auch Protagonisten von Annäherung und Versöhnung können zu Erinnerungsträgern werden, etwa Kardinal Bolesław Kominek, Initiator des Bischofsbriefs von 1965, an den seit 2005 auf der Breslauer Sandinsel ein Denkmal erinnert, ebenfalls mit der zweisprachigen Aufschrift: »Wir vergeben und bitten um Vergebung.«

In Deutschland wiederum gibt es mehr als Tausend Denkmäler und Gedenkorte, die an Polinnen und Polen und ihr Leid im Zweiten Weltkrieg erinnern. Teils entstanden sie schon kurz nach dem Zweiten Weltkrieg im Gedenken an die ermordeten und gestorbenen Zwangsarbeiter oder KZ-Häftlinge, wobei meist polnische Überlebende selbst die Urheber waren. Dazu gehören beispielsweise das polnische Ehrenmal auf dem Dortmunder Hauptfriedhof oder das polnische Denkmal auf dem Friedhof an der Wollhaustraße in Heilbronn. Teils sind es später entstandene Gräberfelder, etwa im hessischen Brandau, für deren Entstehen oft der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge verantwortlich war. Vielfach wird auch in Zusammenhang mit der Vertreibung und Ermordung von Jüd-

nen und Juden an polnische Opfer erinnert, zum Beispiel in Hamburg Altona, wo seit 1987 ein Denkmal für die 800 Jüdinnen und Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit steht, die im Oktober 1938 im Zuge der »Polenaktion« von NS-Deutschland nach Polen deportiert wurden. Schließlich hat die DDR für eine Reihe großer Denkmalanlagen gesorgt, die im Geist sozialistischer Verbundenheit an gefallene Polen erinnern. Am bekanntesten ist das 1972 von Erich Honecker eingeweihte Denkmal des polnischen Soldaten und des deutschen Antifaschisten in Berlin-Friedrichshain.

Auch wenn an manchen dieser Denkmäler und Gedenkorte Versöhnungsgesten stattfinden und Deutsche und Polen sich begegnen, fehlt bislang an zentraler Stelle in Deutschland und Polen ein Ort, der prominent an Geschichte, Verständigung und Versöhnung zwischen beiden Ländern erinnern würde. In Berlin könnte ein solcher in den nächsten Jahren entstehen, nachdem nun der Bundestag nach langen Diskussionen im Vorfeld am 30. Oktober 2020 einen »Ort des Erinnerns und des Gedenkens« beschlossen hat. Er soll nicht nur eine symbolische Geste sein, sondern auch ein Ort der Dokumentation, Begegnung und Bildung. Auf der symbolischen Landkarte Warschaws gibt es bislang nur die »Deutsch-polnischen Gärten« am Weichselufer im Stadtteil Praga-Süd, eine Initiative, die ihren Ausgang in der deutschen Botschaft nahm und mittlerweile zahlreiche Freunde und Förderer hat. Außerdem möchte die Krefelder Adalbert-Stiftung, wie sie im Sommer 2020 mitteilte, in Warschau ein schlankes Denkmal errichten, das an den polnischen Beitrag zum Fall der Berliner Mauer erinnert.

Der Journalist und Publizist Adam Krzemiński hat nun einen weiteren Vorschlag gemacht: Ihm schwebt ein symbolischer »Bogen der Erinnerung« vor: Neben dem geplanten »polnischen Ort« in Berlin solle in Warschau ein Museum der deutsch-polnischen Beziehungen entstehen, um so die beiden Städte auf ähnliche Weise zu verbinden wie die Luftbrückendenkmäler die Flughäfen in Frankfurt am Main und Berlin-Tempelhof.

Polens bilaterale Beziehungen in Gesten, Ritualen und Gedenkorten

Insgesamt gilt Polen als ein Land, das Denkmälern eine wichtige Rolle in der Erinnerungslandschaft zuweist. So sind seit dem Tod von Johannes Paul II. im ganzen Land mehr als 700 Denkmäler und Gedenktafeln für den »polnischen Papst« entstanden. Und 2018 wurden in Polen bereits rund 40 Denkmäler für die Opfer des Flugzeugabsturzes bei Smolensk im Jahr 2010 gezählt sowie zusätzlich mehr als 400 Gedenksteine, -tafeln, -obelisken, -bäume und -kreuze, die an die Katastrophe mit knapp einhundert tödlich verunglückten Personen des öffentlichen und politischen Lebens erinnern.

Auf welche Weise sind in Polen aber andere Nachbarländer als Deutschland symbolisch präsent, und welche Versöhnungsgesten haben sich dem kollektiven Gedächtnis eingeprägt?

Polen hat mit fast allen seinen Nachbarländern historisch mehr oder weniger stark belastete Beziehungen. Deshalb nimmt die Symbolpolitik bis heute eine wichtige Rolle ein. Während man in der sozialistischen Zeit etliche geschichtlich begründete Streitfelder nicht offen thematisieren konnte, waren es vielfach polnische Exilkreise gewesen, die sich am intellektuellen und symbolischen Brückenschlag in Länder wie Litauen oder der Ukraine versuchten. Nach der Systemtransformation folgten in der Regel rasch bilaterale Verträge, welche die Beziehungen zu den alten oder neuen Nachbarstaaten auf neue Grundlagen stellten. So verhielt es sich zum Beispiel im Fall der polnisch-litauischen Beziehungen.

Litauen: Gemeinsame Geschichte, die Überwindung von Konflikten und ein Denkmal in Sejny

Der Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und gut-nachbarschaftliche Zusammenarbeit wurde am 26. April 1994 vom polnischen Präsidenten Lech Wałęsa bei einem Besuch in Wilna unterzeichnet. Es folgten weitere symbolische Gesten, etwa die Tatsache, dass die erste Auslandsreise des gerade gewählten Präsidenten Aleksander Kwaśniewski 1996 in das kleine Nachbarland führte, mit dem Polen eine jahrhundertlange Geschichte teilt. Aus diesem Grund gibt es auch gemeinsame historische Ereignisse zu feiern. Mehrfach hat zum Beispiel das litauische Parlament den 3. Mai, den polnischen Nationalfeiertag, auch zu einem litauischen Feiertag erklärt, wurde an diesem Tag im Jahre 1791 doch eine Verfassung für den Polnisch-Litauischen Staat beschlossen. 2007 trafen sich aus diesem Anlass sogar beide Parlamente zu einer gemeinsamen Sitzung. Ein anderer gemeinsamer Erinnerungsort ist die Schlacht bei Tannenberg 1410, als es den vereinigten Heeren Polens und Litauens gelang, den Deutschen Orden zu schlagen. Runde Jahrestage dieser Schlacht sind immer wieder Anlass zu Feierlichkeiten, und so fanden sich am 15. Juli 2020 auf den Schlachtfeldern bei Grunwald (so der polnische Ortsname) die Präsidenten Litauens und Polens ein, um im Beisein des aktuellen Hochmeisters des Deutschen Ordens einen übermannshohen Gedenkstein mit der zweisprachigen polnisch-litauischen Inschrift »Von der litauischen Nation für den gemeinsamen Sieg« zu enthüllen. Bilder von großer Symbolwirkung und kanonischer Kraft sind allerdings bei all diesen Ereignissen nicht entstanden.

Wenn man nach Denkmälern sucht, die an die historischen Beziehungen und den Versöhnungsprozess zwischen Polen und Litauen erinnern, so gibt es

zwar zahlreiche historische Orte, an denen gemeinsame Geschichte geschrieben wurde. In Lublin erinnert ein am Litauischen Platz (*Plac Litewski*) gelegenes Denkmal schon seit 1826 an die Lubliner Union, und hier empfing 2019 Präsident Andrzej Duda die litauische Präsidentin Dalia Grybauskaitė zum 450. Jahrestag der Realunion zwischen Polen und Litauen. Doch der polnisch-litauischen Versöhnung an sich ist ein Denkmal gewidmet, das erst 2019 im polnischen Sejny entstand, direkt an der polnisch-litauischen Grenze. Anlass war der 100. Jahrestag des »Aufstands von Sejny« 1919, als Polen die litauische Besetzung der Gegend mit Waffengewalt beendeten. An diesen Konflikt, einen der vielen, die das Verhältnis zwischen beiden Staaten für Jahrzehnte vergiften sollten, erinnert nun auf dem Marktplatz des Städtchens eine Gedenktafel mit der zweisprachigen polnisch-litauischen Aufschrift »Versöhnung ist eine Entscheidung«.

Dennoch belasten die historischen Konflikte die Gegenwart nach wie vor. Hier sind kleine Schritte wichtig, die manchmal für viel Aufsehen sorgen und symbolisches Eis brechen lassen. Besonders wichtig war, dass 2004 auf Anregung des damaligen litauischen Präsidenten in Litauen lebende Veteranen der polnischen Heimatarmee (*Armia Krajowa*) und solche der an deutscher Seite gegen die Heimatarmee kämpfenden litauischen Plechavičius-Einheiten und Schutzmannschaften eine gemeinsame Erklärung unterzeichneten: »Es sind 60 Jahre seit dem Moment vergangen, in dem wir Feinde waren. Heute stellen wir fest, dass die Geschichte die Probleme gelöst hat, deretwegen wir gegeneinander gekämpft haben.« Im Jahr darauf trafen sich Vertreter beider Verbände in zwei litauischen Dörfern, in denen jeweils Polen und Litauer Verbrechen an der Zivilbevölkerung begangen hatten.

Tatsächlich wird angesichts der vielen Kontakte und Gesten, die oft auf gemeinsame historische Erfahrungen zurückgreifen, der Versöhnungsprozess mit Litauen in der polnischen Politik kaum mehr in Frage gestellt, zumal dieser auch durch die Zusammenarbeit und ähnliche Interessen in der Europäischen Union und in der Politik gegenüber Russland und Belarus gestützt wird. Bilder und Gesten können diese Nachbarschaft weiter intensivieren, selbst wenn die Behandlung der polnischen Minderheit in Litauen immer noch ein gewisses Konfliktpotential birgt. Ganz anders verhält es sich in den Beziehungen zur Ukraine.

Ukraine: Viele Reden, viele Gesten, immer wieder neue Anläufe zur Versöhnung

Der Vertrag zwischen Polen und der Ukraine über gute Nachbarschaft, freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit stammt bereits vom 18. Mai 1992. Doch lange blockierten die dramatischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts den Verständigungsprozess, insbeson-

dere die blutige ethnische Säuberung Wolhyniens und Ostgaliziens durch ukrainische Nationalisten 1943/44 und die ebenfalls blutigen, wenn auch nicht so umfangreichen Gegenmaßnahmen durch die polnische Heimatarmee. Um den Fatalismus immer wieder erneuerter gegenseitiger Schuldzuweisungen zu durchbrechen, sind in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Versuche unternommen worden, durch symbolische Handlungen die Wunden der Geschichte zu heilen. Wenn man in der Google-Bildersuche mit den polnischen Worten für »Polen Ukraine Versöhnung« stöbert, so stößt man neben zahlreichen einander an der Hand haltenden Politikern beider Länder und niedergelegten Kränzen auf viele religiöse Ereignisse. Tatsächlich sind es mehrfach hohe Kirchenvertreter gewesen, die beide Nationen zur Versöhnung aufriefen. Als besonders wichtig in diesem Kontext gilt die Reise Johannes Pauls II. im Juni 2001 in die Ukraine, wo er bei einer Messe in Lemberg sagte: »Möge die erteilte und die erhaltene Vergebung sich wie ein wohlthätiger Balsam in jedem Herzen verströmen. Mögen durch eine Reinigung des historischen Gedächtnisses alle bereit sein, das Höher zu stellen, was vereint, als das, was teilt«. Großerbischof Lubomyr Husar, das Oberhaupt der Griechisch-Katholischen Kirche in der Ukraine, erwiderte: »Möge die schreckliche Vergangenheit unser Leben nicht belasten und vergiften«.

Vier Jahre später nahmen sich die griechisch-katholischen Bischöfe der Ukraine und ihre römisch-katholischen Amtskollegen aus Polen ein Beispiel an der polnisch-deutschen Versöhnungsgeschichte und schrieben: »Damit unser Gebet über alle Maßen fruchtbar sein möge, lasst uns einander die Worte sagen: Wir vergeben und bitten um Vergebung; – schließlich haben sie bereits ihre historische Kraft im Werk der Völkerversöhnung (vgl. Brief der polnischen an die deutschen Bischöfe, Rom 1965).«

Dieser Aufruf erfolgte wenige Tage bevor am 24. Juni 2005 der renovierte Friedhof der Lemberger Adlerjungen (*Cmentarz Orłąt Lwowskich*) neu eröffnet wurde: Nach jahrelangen Auseinandersetzungen um die Gestalt dieser pathetischen Anlage, die an die im Kampf um Lemberg 1918/19 gefallenen Polen erinnert, nahmen nun die Präsidenten Aleksander Kwaśniewski und Viktor Juschtschenko mit großem Gefolge an der Zeremonie teil. Kwaśniewski sagte bei dieser Gelegenheit: »Mögen Orte der Erinnerung und der Reflexion zu Orten der Hoffnung und der Verheißung werden. (...) Vor allem für die neuen, kommenden Generationen.«

Dennoch stellte sich die Geschichte auch in den kommenden Jahren als Belastung für die bilateralen Beziehungen heraus. Selbst wenn der frisch ins Amt gekommene polnische Präsident Lech Kaczyński und Juschtschenko wenige Monate später im polnischen Pawłokoma bei Rzeszów eine Gedenkstätte für die ukrainischen Opfer eines von Polen verübten Massakers ein-

weihten. Selbst wenn sie im April 2007 in Warschau zum 60. Jahrestag der »Aktion Weichsel«, der Zwangsumsiedlung von Ukrainern im Nachkriegspolen, gemeinsam beteten. Die Gesten, Reden und Gebete wiederholten sich in den Folgejahren: 2012 eröffneten die Präsidenten Bronisław Komorowski und Viktor Janukowytsch gemeinsam bei Kiew einen polnischen Friedhof für die Katyn-Opfer; 2016 besuchte der ukrainische Präsident Petro Poroschenko das Denkmal für die Toten des Wolhynien-Gemetzels in Warschau; und am 8. Juli 2018 gedachten die Präsidenten jeweils an unterschiedlichen Orten: Poroschenko im polnischen Sahryń bei Lublin, wo die polnische Heimatarmee 1944 Massaker an Ukrainern verübt hatte (Poroschenko rief in seiner Ansprache zu »christlicher Vergebung« auf), und Andrzej Duda in der Ukraine in Luzk und Olyka, Zentren der ukrainischen Verbrechen an Polen 1943. Er sagte hier u. a.: »Vor allem sollten wir unsere guten Beziehungen auf der historischen Wahrheit entstehen lassen. Das ist das Wichtigste! Wir sollten Freundschaft zwischen unseren Nationen errichten.« Ein gemeinsames Gedenken beider Präsidenten schien dennoch nicht mehr möglich zu sein, weshalb die polnische Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« auch kommentierte, dass es um die polnisch-ukrainischen Beziehungen noch nie so schlecht bestellt gewesen sei. Auf diese Verstimmungen hatten sich auch wenige Monate zuvor mehrere ehemalige Präsidenten beider Länder in einem Appell bezogen, in dem sie »zur Verteidigung des Versöhnungsprozesses zwischen unseren Nationen« aufriefen.

Wenn man die Protokolle der Sejm-Sitzungen der letzten Jahre nach dem Stichwort »Versöhnung« durchforstet, stößt man am häufigsten genau in diesem polnisch-ukrainischen Kontext darauf, wobei oft betont wird, wie weit es zu einer Versöhnung eigentlich noch sei: »Auf Lügen lässt sich keine wahrhaftige Versöhnung bauen,« so Marek Ast von der Partei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) 2013. »(...) Versöhnung erfordert, die Wahrheit zu sagen. Uns beunruhigt vor allem die fehlende Sensibilität der ukrainischen Seite bei der Bildungs-, Symbol- und Kulturpolitik sehr« – Jan Dziedziczak, Staatssekretär im Außenministerium, 2016. »Nie wird es eine polnisch-ukrainische Versöhnung geben, ohne die Wahrheit über den an den Polen verübten Völkermord zu sagen« – Andrzej Kobylarz, Vertreter der Partei *Kukiz '15*, 2016. Noch zahlreiche Beispiele könnten hinzugefügt werden. Derweil haben die Kirchen im September 2019 wieder versucht, sich in den Versöhnungsprozess einzuschalten.

Das Problem in den ukrainisch-polnischen Beziehungen besteht darin, dass die vielen Gesten der Versöhnung, die Schuldbekennnisse, Denkmäler und Zeremonien fundamentale Unterschiede in der Interpretation der Geschichte nicht beseitigt haben. Insbesondere

strahlen diese Gesten offenbar immer nur in eine Richtung aus – je nachdem, ob polnischer Opfer gedacht wird oder ukrainischer. Die Rolle, die die positiv konnotierte Erinnerung an die ukrainischen Nationalisten für Teile der ukrainischen Gesellschaft bis heute spielt, und die Erinnerungen an die traumatischen Erfahrungen polnischer Familien im polnisch-ukrainischen Konflikt, die insbesondere von regionalen Akteuren in Südostpolen sowie von rechten Parteien immerfort neu thematisiert werden, lassen trotz aller Anstrengungen bislang den Eindruck entstehen, als sei die Versöhnung noch längst nicht vollzogen. Eine wirkmächtige, dauerhafte Geste polnisch-ukrainischer Nachbarschaft fehlt bis heute. Zu berücksichtigen ist allerdings auch, dass durch die seit wenigen Jahren andauernde große Arbeitsmigration von Ukrainerinnen und Ukrainern nach Polen ganz andere Themen Einzug in das polnisch-ukrainische Miteinander halten, was möglicherweise auch dazu beitragen wird, dass der erinnerungskulturelle und geschichtspolitische Dissens langsam seine Relevanz verliert.

Schweigen oder Normalität? Gesten in anderen Außenbeziehungen Polens

Sehr unterschiedlich sieht es in der polnischen Symbolpolitik gegenüber den übrigen Nachbarländern aus. Mit Belarus wurde bereits am 23. Juni 1992 ein Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit geschlossen. Nachdem diese Zusammenarbeit sich zunächst gut anließ, bedeutete die Machtübernahme von Alexander Lukaschenko eine dauerhafte Belastung für die Beziehungen – das letzte bilaterale Präsidententreffen fand im März 1996 im staatlichen Gästehaus im belarussischen Wiskuli im Białowieża-Nationalpark statt. Später ergriff Polen immer wieder Partei für die belarussische Opposition, etwa in einer Botschaft des polnischen Sejms an die belarussische Nation vom 22. Januar 1999. Durch die Einrichtung und Förderung von Medien für die Opposition im Nachbarland (*Radyjo Racyja* 1999, *TV Belsat* 2007) hat sich die polnische Regierung eindeutig positioniert.

Dazu kommt die Tatsache, dass es keine gravierenden historischen Streitpunkte zwischen Polen und Belarus gibt, sieht man einmal von einigen Untergrundaktivitäten am Ende des Zweiten Weltkriegs und anti-belarussischen Exzessen polnischer antikommunistischer Partisanen nach dem Krieg ab. Deshalb ist von der Notwendigkeit nach »Versöhnung« im bilateralen Verhältnis eigentlich kaum die Rede. Im Gegenteil, selbst die Regierung in Minsk legt – auf ihre Weise – durchaus Wert auf das gemeinsame Kulturerbe (siehe dazu Polen-Analyse Nr. 264, <https://www.laender-analysen.de/polen-analysen/264/>). 2018 durfte in seinem Geburtsort sogar ein Denkmal für den polnischen Nationalhelden Tadeusz Kościuszko enthüllt werden, allerdings

mit der Aufschrift: »Tadeusz Kościuszko 1746–1817. Dem bedeutenden Sohn von Belarus von seinen dankbaren Landsleuten.« Eine nennenswerte Konkurrenz um nationale Symbolgestalten wie Kościuszko ist dennoch nicht entstanden. Umstritten ist hingegen bis heute die Behandlung der polnischen Minderheit, die von Minsk immer wieder instrumentalisiert wurde, etwa durch die Schaffung offiziell unterstützter Parallelstrukturen.

In den polnisch-tschechischen Beziehungen gab es im 20. Jahrhundert zwar einige Auseinandersetzungen, die jedoch seit der Systemtransformation kaum eine Rolle mehr spielen. Im Oktober 1991 schloss Polen einen »Vertrag über gute Nachbarschaft, Solidarität und freundschaftliche Zusammenarbeit« mit der Föderation aus Tschechischer und Slowakischer Republik, und schon seit Februar 1991 bestand die Visegrád-Gruppe aus Ungarn, Polen und der langsam zerfallenden Tschechoslowakei. Betrachtet man die Beziehungen zwischen Tschechien und Polen, sticht ein ikonisch gewordenes Bildmotiv hervor, welches das Bild vom Nachbarn bis heute maßgeblich positiv prägt – das konspirative Treffen tschechoslowakischer und polnischer Oppositioneller im Sommer 1978 direkt an der Grenze im Riesengebirge. Im September 2020 beschloss der Warschauer Stadtrat, den Platz in der Nähe der tschechischen Botschaft in Warschau nach dem tschechischen Dissidenten und späteren Präsidenten Václav Havel zu benennen. Es gibt einige bilaterale Denkmäler aus sozialistischer Zeit, so steht seit 1948 im pommerschen Goleniów (dt. Gollnow), wo im Krieg inhaftierte tschechoslowakische Widerstandskämpfer ums Leben kamen, ein Denkmal für die »polnisch-tschechoslowakische Freundschaft«. Und in der Grenzregion, insbesondere im Teschener Schlesien (1938 annektierte Polen das Olsa-Gebiet), zeugen mehrere Denkmäler und Gedenktafeln von dem Wunsch, gemeinsam und versöhnlich an die Vergangenheit zu erinnern. Mit der Slowakei bestehen in historischer Hinsicht keine fundamentalen Meinungsunterschiede, und so wird das gemeinsame Bildgedächtnis am ehesten durch die von beiden Staaten geteilte Hohe Tatra und den Anführer der Gebirgsräuber (Janosik/Jánošík) geprägt.

Ganz anders steht es schließlich zwischen Polen und Russland. Die symbolischen Beziehungen zwischen beiden Staaten können hier nicht ausführlicher behandelt werden, wobei sie allein mit Blick auf die jahrhundertelange Konflikt- und Verflechtungsgeschichte sehr komplex sind. Es genügt, sich die Karte der Gedenk- und Erinnerungsstätten in Polen anzuschauen und festzustellen, dass das ganze Land übersät ist mit sowjetischen Kriegsgräbern und (heute in der Regel umgewidmeten) Denkmälern der polnisch-sowjetischen Freundschaft. Auf Teile der polnischen Öffentlichkeit wirkt deren Gegenwart nach wie vor irritierend. So wurde

zum Beispiel 2018 das Denkmal der Dankbarkeit für die Rote Armee aus dem Zentrum von Legnica (dt. Liegnitz) entfernt und auf den kommunalen Friedhof umgesetzt.

Um das Jahr 2010 sah es so aus, als würde ein Umbruch möglich werden: Wladimir Putin, damals russischer Ministerpräsident, hatte 2009 die Einladung seines polnischen Amtskollegen Donald Tusk angenommen, des 70. Jahrestags des Kriegsausbruchs auf der Danziger Westerplatte zu gedenken, was bereits damals vom rechten Lager in Polen heftig kritisiert wurde. Ein Spaziergang von Tusk und Putin auf dem Seesteg in Sopot (dt. Zoppot) ließ Bilder entstehen, die bis heute im innenpolitischen Kampf gegen Tusk (als »Verräter« nationaler Interessen) eingesetzt werden.

Ein symbolisch besonders wichtiger Streitpunkt war die Interpretation des Massakers von Katyn. Während Tusk und Putin sich am 7. April 2010 im Wald bei Smolensk erneut trafen, um der mehr als 22.000 im Frühjahr 1940 von den Sowjets ermordeten polnischen Offiziere zu gedenken und die Einsetzung einer polnisch-russischen Historikerkommission zur vollständigen Aufklärung des Verbrechens vereinbarten, wollte Präsident Lech Kaczyński drei Tage später vor dem Hintergrund der nahenden Präsidentschaftswahlen in Polen ein eigenes Zeichen setzen und in seiner Rede sagen: »Dauerhafte Beziehungen lassen sich nicht auf Lügen errichten. (...) Der Weg zur Versöhnung erfordert aber konkrete Zeichen. Auf diesem Weg benötigen wir Partnerschaft, Dialog von Gleichen mit Gleichen und keine imperialen Sehnsüchte.« Bekanntlich konnte Kaczyński diese Rede nicht mehr halten. Der Absturz der Präsidentenmaschine belastet seitdem nicht nur die polnisch-russischen Beziehungen, sondern hat auch die innenpolitische Polarisierung in Polen massiv verstärkt. Eine erneute geschichtspolitische Annäherung scheint auch aufgrund Wladimir Putins historischem Aufsatz vom Sommer 2020, in dem er Polen eine Mitschuld am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs gibt, vorerst ausgeschlossen. Angesichts dieser Konstellation ist der Weg »über Gesten zur Versöhnung« im Fall der polnisch-russischen Beziehungen derzeit versperrt.

Fazit

Die Betrachtung hat gezeigt, dass die Symbolpolitik in den Außenbeziehungen Polens unterschiedliche Ergebnisse gehabt hat. Während sie die polnisch-litauischen Beziehungen positiv fundiert hat, sind die Beziehungen zur Ukraine gewissermaßen in einen symbolischen Leerlauf geraten. Zwischen Deutschland und Polen ist die

Bilanz ambivalent. Das schon seit langem kursierende Bonmot vom »Versöhnungskitsch« weist auf die prinzipiellen Probleme hin.

Deshalb sollte man sich aus der Perspektive der deutsch-polnischen Beziehungen betrachtet die Frage stellen, ob es 50 Jahre nach Willy Brandts Kniefall und einer mittlerweile großen Zahl wichtiger, sich aber letztlich wiederholender Staatsakte, Kranzniederlegungen und Ansprachen nicht an der Zeit wäre, ein neues Kapitel symbolischer Politik aufzuschlagen, ein Kapitel mit neuen Gesten. Wie wäre es denn, wenn Spitzenpolitikerinnen und -politiker beider Länder ihren Urlaub einmal nicht in der Toskana, auf Madeira oder in Südtirol verbringen, sondern im Nachbarland? Wie wäre es, wenn beide Länder tatsächlich eine symbolische Klammer schüfen, ein beide Gesellschaften deutlich sichtbar vereinendes Zeichen? Das könnten klassische Denkmäler oder Orte des Erinnerns und des Lernens sein, die – wie von Adam Krzemiński vorgeschlagen – einen Bogen von Warschau nach Berlin schlugen. Das könnte aber auch eine quer durch beide Länder verlaufende Straße der deutsch-polnischen Beziehungen sein, eine touristische Route, die zwischen Bremen und Zamość oder zwischen Dachau und Olsztyn (dt. Allenstein) Orte mit großer Relevanz für die gemeinsame Geschichte berührt.

Mit Sicherheit wird auch der vom Bundestag am 30. Oktober 2020 beschlossene »Ort des Erinnerns und der Begegnung« zu diesen neuen Gesten gehören, ein Ort, der in seiner Gedenk-Komponente die deutsche Gesellschaft nachhaltig mit der Erinnerung an deutsche Verbrechen in Polen konfrontieren soll, der aber als Ort der Bildung zugleich auch dazu beitragen wird, neue Wege in die deutsch-polnische Nachbarschaft zu entwickeln. Im besten Fall kann dieser Ort, im historischen Zentrum Berlins, auch Identitätsrelevanz für polnische Besucherinnen und Besucher entwickeln, schließlich ergingen von hier die Befehle an Wehrmacht, Gestapo und SS. Aber von hier aus strahlte auch die Aufklärung nach Polen aus, und Hunderttausende polnischsprachiger Zuwanderer fanden in Berlin eine neue Heimat. Und so könnte diese deutsche Geste für Polen vielleicht tatsächlich zu einem Ort werden, der Polen wie Deutsche gleichermaßen emotional berührt. Denn selbst wenn wir mittlerweile gar nicht einmal so wenig übereinander wissen – unsere emotionalen Bedürfnisse unterscheiden sich durchaus. Was man auch daran sieht, wie beliebt oder unbeliebt Denkmäler in beiden Staaten sind.

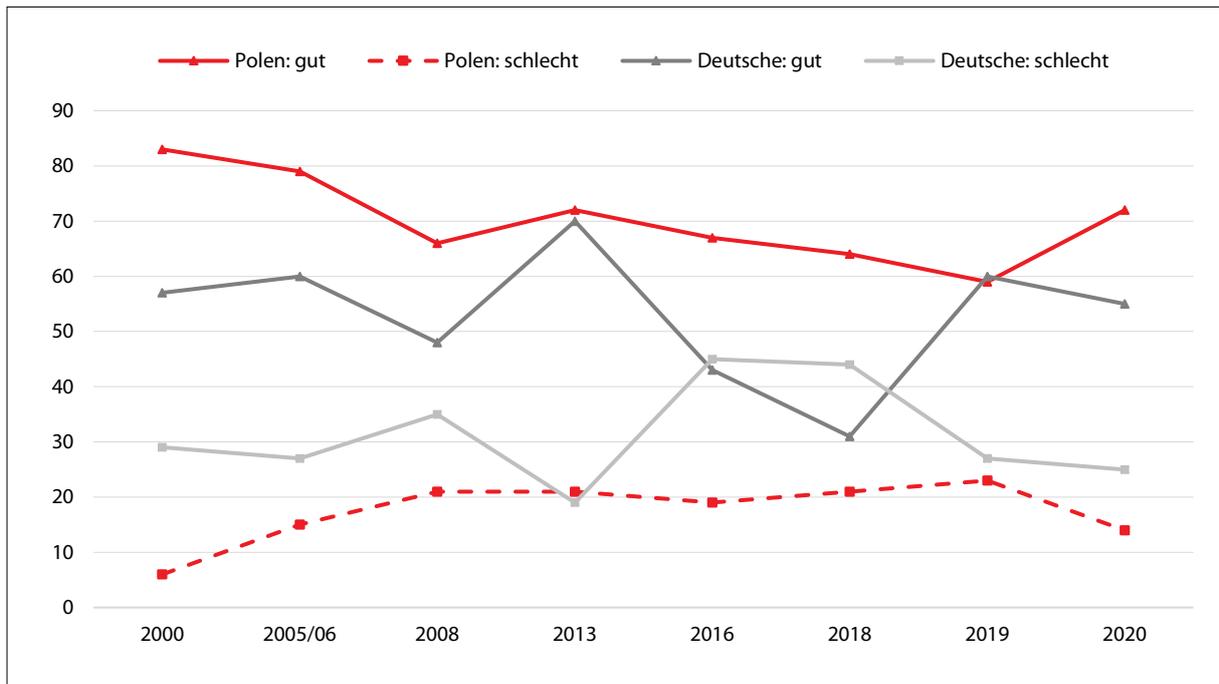
Über den Autor

Dr. Peter Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, Honorarprofessor an der TU Darmstadt, Historiker, Autor zahlreicher Bücher zu Fragen der deutsch-polnischen Beziehungen.

UMFRAGE

Das Verhältnis zu anderen Nationen

Grafik 1: Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen? Antworten der Polen und der Deutschen in den Jahren 2000–2020 (%)



	2000	2005/06	2008	2013	2016	2018	2019	2020
Polen: gut	83	79	66	72	67	64	59	72
Polen: schlecht	6	15	21	21	19	21	23	14
Deutsche: gut	57	60	48	70	43	31	60	55
Deutsche: schlecht	29	27	35	19	45	44	27	25

Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: *Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. Warschau/Darmstadt 2020.* <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/einzelveroeffentlichungen/nachbarschaft-mit-geschichte-blicke-ueber-grenzen/> (abgerufen am 27.11.2020).

Tabelle 1: Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen? Antworten der Deutschen nach Altersgruppen im Jahr 2020 (%)

	insgesamt	15–17 Jahre	18–29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–59 Jahre	60 Jahre und älter
sehr gut	6	2	9	7	7	5	6
eher gut	49	22	45	55	50	57	48
eher schlecht	22	22	15	23	25	17	25
sehr schlecht	3	0	3	2	3	1	4
ich weiß nicht/ schwer zu sagen	20	54	28	13	15	20	17

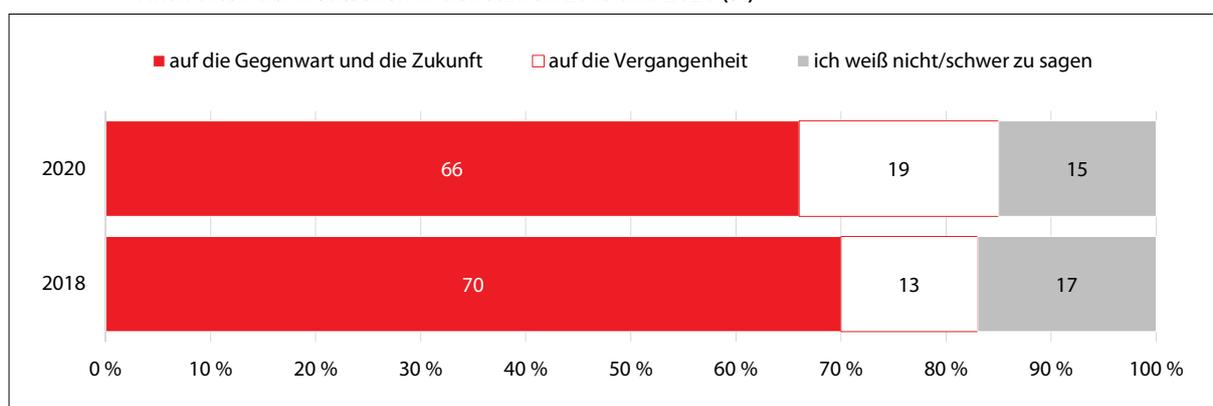
Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: *Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. Warschau/Darmstadt 2020.* <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/einzelveroeffentlichungen/nachbarschaft-mit-geschichte-blicke-ueber-grenzen/> (abgerufen am 27.11.2020).

**Tabelle 2: Wie bewerten Sie den Zustand der deutsch-polnischen Beziehungen?
Antworten der Polen nach Altersgruppen im Jahr 2020 (%)**

	insgesamt	15–17 Jahre	18–29 Jahre	30–39 Jahre	40–49 Jahre	50–59 Jahre	60 Jahre und älter
sehr gut	6	21	8	4	7	4	5
eher gut	66	53	68	69	64	69	65
eher schlecht	14	22	11	10	16	16	16
sehr schlecht	0	0	0	1	0	0	1
ich weiß nicht/ schwer zu sagen	14	4	13	16	13	11	13

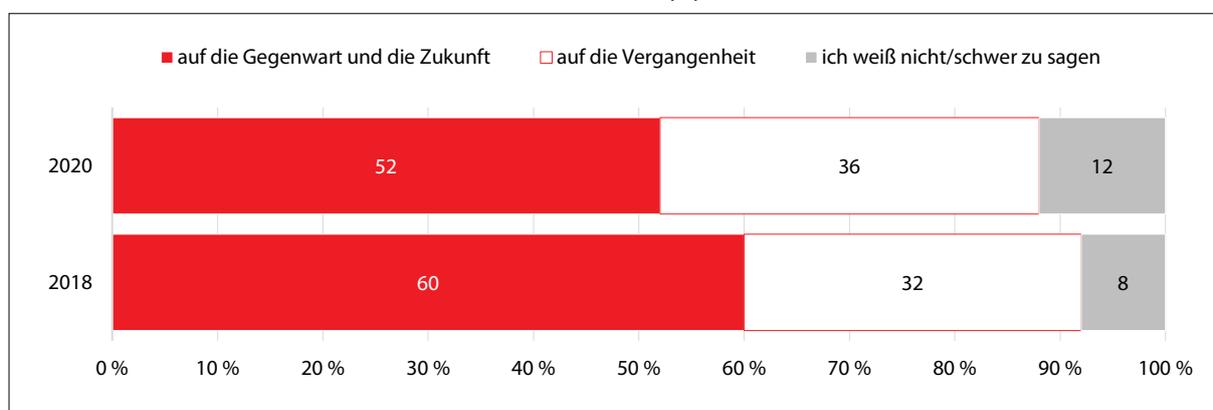
Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: *Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. Warschau/Darmstadt 2020.* <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/einzelveroeffentlichungen/nachbarschaft-mit-geschichte-blicke-ueber-grenzen/> (abgerufen am 27.11.2020).

**Grafik 2: Soll man sich in den Beziehungen mit Polen eher auf Fragen konzentrieren, welche die Gegenwart und Zukunft oder aber die Vergangenheit betreffen?
Antworten der Deutschen in den Jahren 2018 und 2020 (%)**



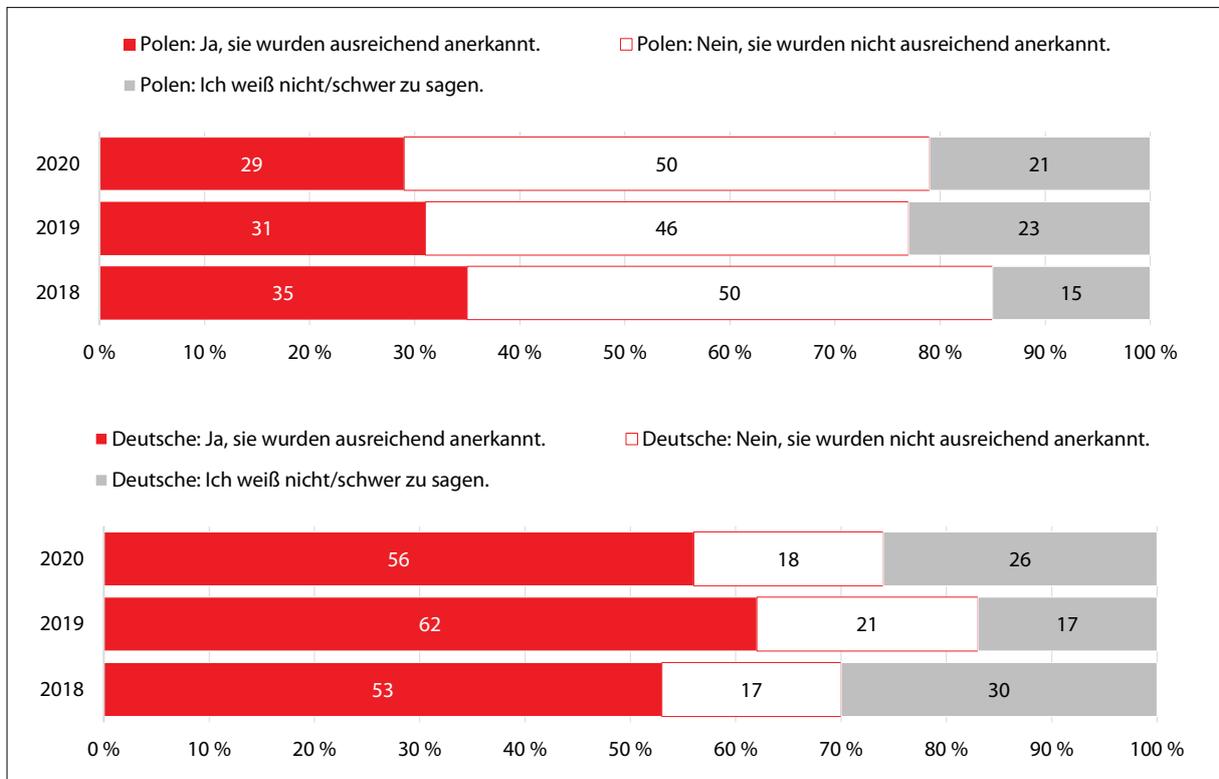
Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: *Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. Warschau/Darmstadt 2020.* <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/einzelveroeffentlichungen/nachbarschaft-mit-geschichte-blicke-ueber-grenzen/> (abgerufen am 27.11.2020).

**Grafik 3: Soll man sich in den Beziehungen mit Deutschland eher auf Fragen konzentrieren, welche die Gegenwart und Zukunft oder aber die Vergangenheit betreffen?
Antworten der Polen in den Jahren 2018 und 2020 (%)**



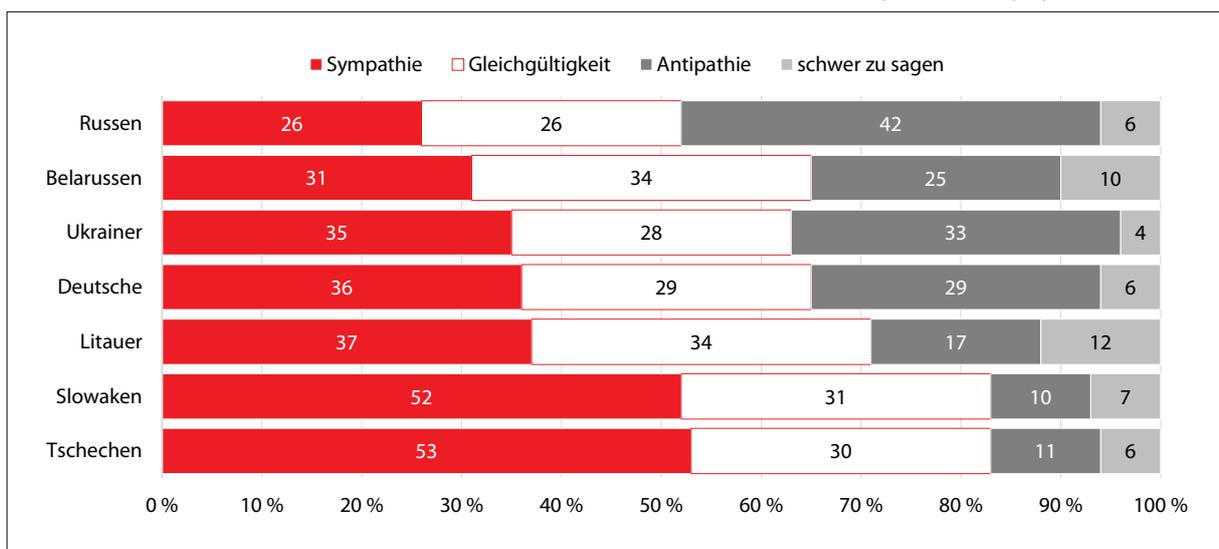
Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: *Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. Warschau/Darmstadt 2020.* <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/einzelveroeffentlichungen/nachbarschaft-mit-geschichte-blicke-ueber-grenzen/> (abgerufen am 27.11.2020).

Grafik 4: Wurden das Leid und die Opfer, die Polen im Laufe seiner Geschichte erbracht hat, von der internationalen Öffentlichkeit ausreichend anerkannt? Antworten der Polen und der Deutschen in den Jahren 2018, 2019 und 2020 (%)



Quelle: Kucharczyk, Jacek; Łada, Agnieszka: Nachbarschaft mit Geschichte: Blicke über Grenzen. Deutsch-Polnisches Barometer 2020. Warschau/Darmstadt 2020. <https://www.deutsches-polen-institut.de/publikationen/einzelveroeffentlichungen/nachbarschaft-mit-geschichte-blicke-ueber-grenzen/> (abgerufen am 27.11.2020).

Grafik 5: Polen: Wie würden Sie Ihr Verhältnis zu anderen Nationen bezeichnen? (Januar 2020, %)



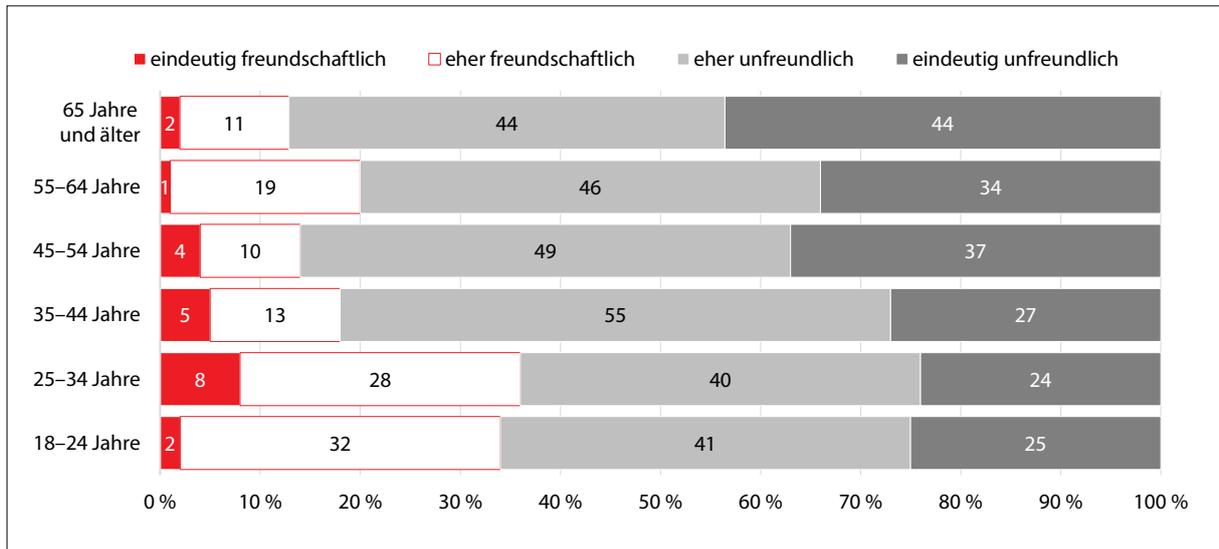
Quelle: CBOS: Komunikat z badań nr 31/2020: Stosunek do innych narodów [Das Verhältnis zu anderen Nationen]. Warszawa 03/2020. www.cbos.pl

Tabelle 3: Wie nehmen die Polen das Verhältnis anderer Nationen zu Polen wahr?
Antworten der Polen (%)

	eindeutig freundschaftlich	eher freundschaftlich	eher unfreundlich	eindeutig unfreundlich
der Deutschen				
2012	7	65	25	3
2014	9	69	18	4
2020	17	56	20	6
der Tschechen				
2012	16	73	10	1
2014	11	72	14	2
2020	35	55	7	2
der Slowaken				
2012	16	80	4	1
2014	13	78	8	2
2020	37	61	2	1
der Ukrainer				
2012	9	61	26	4
2014	9	66	19	6
2020	21	56	16	7
der Belarussen				
2012	7	63	26	5
2014	8	63	24	5
2020	20	61	14	4
der Litauer				
2012	8	61	26	5
2014	7	67	20	5
2020	23	60	12	5
der Russen				
2012	6	55	32	7
2014	4	42	32	22
2020	14	50	23	13

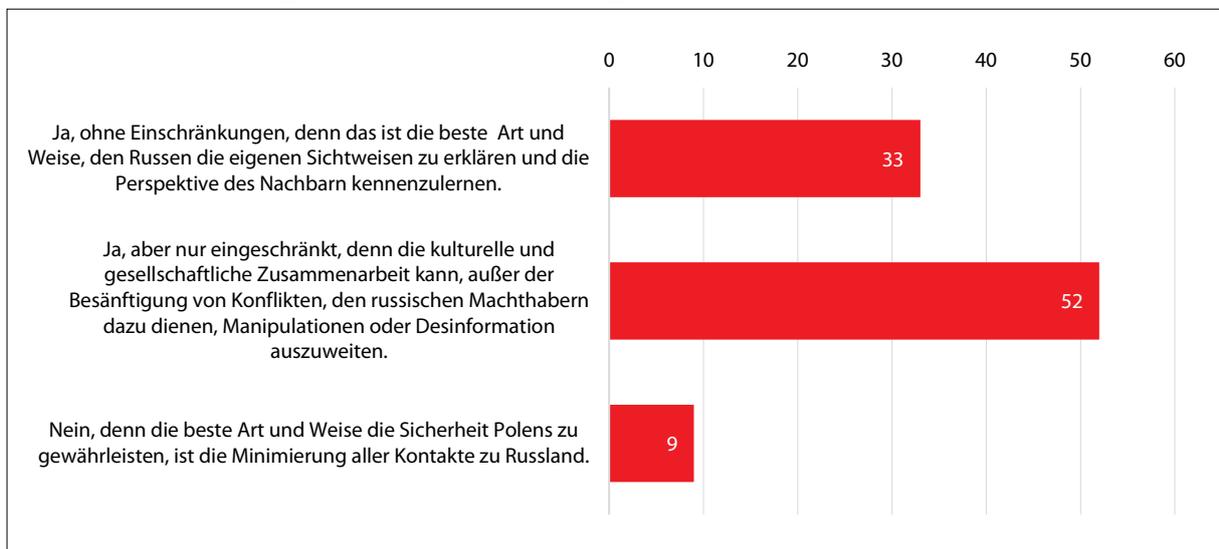
Quelle: Centrum Polsko-Rosyjskiego Dialogu i Porozumienia: Polska – Rosja. *Diagnoza społeczna 2020. Polacy na temat Rosji i Rosjan oraz stosunków polsko-rosyjskich* [Polen – Russland. Gesellschaftliche Diagnose 2020. Die Polen über Russland und die Russen sowie die polnisch-russischen Beziehungen]. Warszawa 2020. <http://cprdipl.pl/> (abgerufen am 27.11.2020).

Grafik 6: Wie nehmen die Polen das Verhältnis Russlands zu Polen wahr? (%)
Antworten der Polen nach Altersgruppen



Quelle: Centrum Polsko-Rosyjskiego Dialogu i Porozumienia: Polska – Rosja. Diagnoza społeczna 2020. Polacy na temat Rosji i Rosjan oraz stosunków polsko-rosyjskich [Polen – Russland. Gesellschaftliche Diagnose 2020. Die Polen über Russland und die Russen sowie die polnisch-russischen Beziehungen]. Warszawa 2020. <http://cprdip.pl/> (abgerufen am 27.11.2020).

Grafik 7: Die Einstellung der Polen zur kulturellen und gesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Russland (%)



Quelle: Centrum Polsko-Rosyjskiego Dialogu i Porozumienia: Polska – Rosja. Diagnoza społeczna 2020. Polacy na temat Rosji i Rosjan oraz stosunków polsko-rosyjskich [Polen – Russland. Gesellschaftliche Diagnose 2020. Die Polen über Russland und die Russen sowie die polnisch-russischen Beziehungen]. Warszawa 2020. <http://cprdip.pl/> (abgerufen am 27.11.2020).

STATISTIK

Covid-19 in Polen

Grafik 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (Fälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 30. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

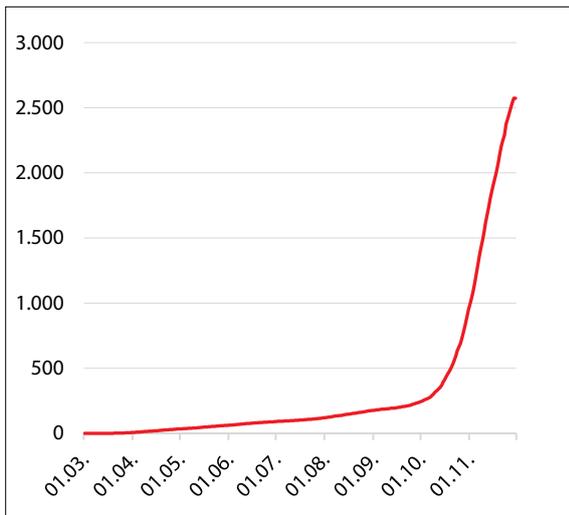


Tabelle 1: Die Ausbreitung von Covid-19 in Polen (16. – 30. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Anzahl der Fälle
16.11.	733.788
17.11.	752.940
18.11.	772.823
19.11.	796.798
20.11.	819.262
21.11.	843.475
22.11.	861.331
23.11.	876.333
24.11.	909.066
25.11.	924.422
26.11.	941.112
27.11.	958.416
28.11.	973.593
29.11.	985.075
30.11.	985.075

Für die Zahlen vom 01.03.–15.11.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –265.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 30.11.2020, 07:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_confirmed_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

Grafik 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (Todesfälle pro 100.000 Einwohner, 1. März – 30. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

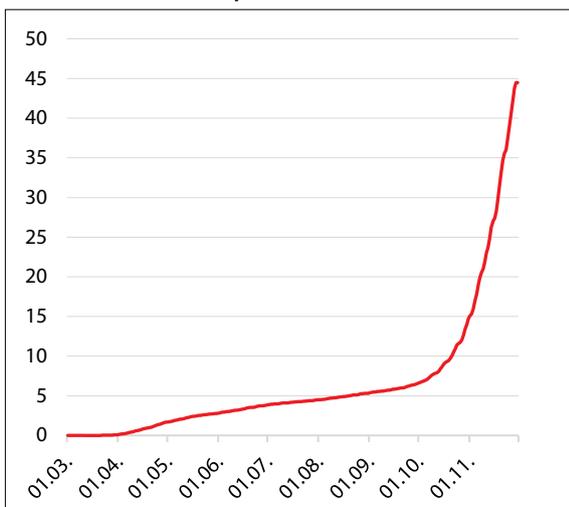


Tabelle 2: Todesfälle durch Covid-19 in Polen (15. – 30. November 2020, Johns-Hopkins-Universität)

Datum	Anzahl der Todesfälle
16.11.	10.491
17.11.	10.848
18.11.	11.451
19.11.	12.088
20.11.	12.714
21.11.	13.288
22.11.	13.618
23.11.	13.774
24.11.	14.314
25.11.	14.988
26.11.	15.568
27.11.	16.147
28.11.	16.746
29.11.	17.029
30.11.	17.029

Für die Zahlen vom 01.03.–30.11.2020 siehe die Statistik »Covid-19 in Polen« in den Polen-Analysen 255 –265.

Quelle: Johns-Hopkins-Universität. Stand: 30.11.2020, 07:26 Uhr MESZ <https://coronavirus.jhu.edu/map.html>; https://github.com/CSSEGISandData/COVID-19/blob/master/csse_covid_19_data/csse_covid_19_time_series/time_series_covid19_deaths_global.csv; Einwohnerzahlen: CIA World Factbook, <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/>

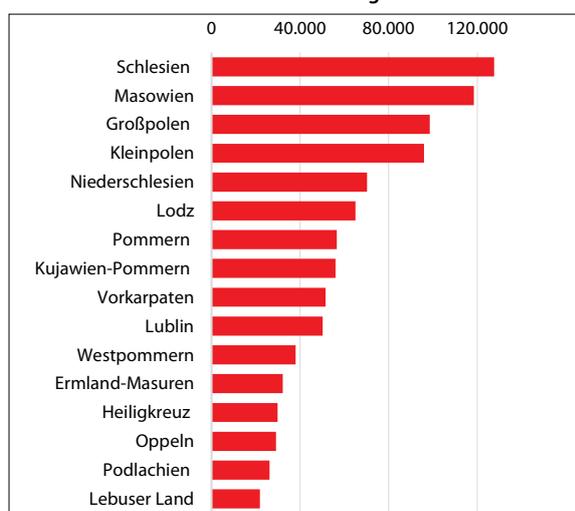
Grafik 3: Covid-19-Infektionsfälle nach Woiwodschaften (30. November 2020, 10.30 Uhr)



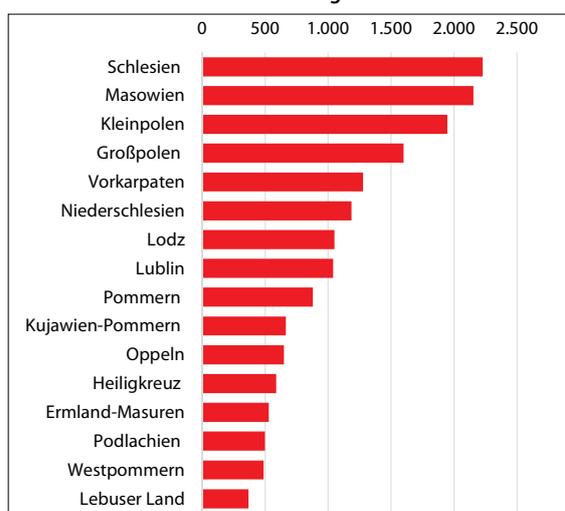
Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Ermland-Masuren (warmińsko-mazurskie)	32.168	529
Großpolen (wielkopolskie)	98.483	1.600
Heiligkreuz (świętokrzyskie)	29.866	589
Kleinpolen (małopolskie)	95.922	1.947
Kujawien-Pommern (kujawsko-pomorskie)	56.016	664
Lebuser Land (lubuskie)	21.910	368
Lodz (łódzkie)	64.958	1.050
Lublin (lubelskie)	50.150	1.039

Woiwodschaft (województwo)	Infektionsfälle insgesamt	Todesfälle insgesamt
Masowien (mazowieckie)	118.466	2.154
Niederschlesien (dolnośląskie)	70.263	1.186
Oppeln (opolskie)	29.089	649
Podlachien (podlaskie)	26.225	499
Pommern (pomorskie)	56.596	880
Schlesien (śląskie)	127.663	2.229
Vorkarpaten (podkarpackie)	51.428	1.278
Westpommern (zachodniopomorskie)	37.999	489

Infektionsfälle im Vergleich



Todesfälle im Vergleich



Quelle: Ministerstwo Zdrowia [Gesundheitsministerium], TVN24.pl. <https://tvn24.pl/polska/koronawirus-w-polsce-mapa-zakazen-dzisiaj-30-listopada-2020-4344739> (abgerufen am 30.11.2020); Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://www.openstreetmap.org>.

Covid-19-Chronik, 16. – 30. November 2020

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
16.11.2020	733.788/10.491	Das Ministerium für Kultur und Nationales Erbe teilt auf seiner Webseite mit, dass eine Prüfung der Anträge an den Fonds zur Unterstützung der Kultur angesetzt wurde. Eventuell würden Rückzahlungen der Hilfgelder für Kulturschaffende und -institutionen gefordert. Der Fonds soll Einnahmeausfälle infolge der Corona-Epidemie ausgleichen. Die Auszahlungen in Höhe von mehreren Zehntausend bis Millionen Zloty hatten in den Sozialen Medien für Diskussionen gesorgt. Kritisiert wurde auch, dass nicht alle Empfänger Kulturschaffende seien. Am Vortag gab das Ministerium bekannt, dass die Zahlungen vorläufig eingestellt werden.
17.11.2020	752.940/10.848	Dariusz Klimczak, Abgeordneter der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und Mitglied des Gesundheitsausschusses, kündigt einen Gesetzesentwurf an, der Apothekern die Durchführung der Corona-Schutzimpfung erlauben soll. Er appelliert an die Regierung, schon jetzt mit den Vorbereitungen für entsprechende Schulungen zu beginnen. Sollte die Impfung freiwillig sein, sollte außerdem damit begonnen werden, die Impfwilligen zu erfassen, um logistische Maßnahmen treffen zu können.
18.11.2020	772.823/11.451	Der Minister für Bildung und Wissenschaft, Przemysław Czarnek, unterzeichnet eine Verordnung zur Unterstützung der Lehrer für die Durchführung des Fernunterrichts, der zurzeit aufgrund der Corona-Epidemie für alle Klassen bis mindestens zum 29. November gilt. Für die Anschaffung von Computern und Computerprogrammen sollen die Lehrer bis zu 500 Zloty erhalten. Die zur Verfügung stehende Gesamtsumme beläuft sich auf 300 Mio. Zloty. Die Anschaffung muss zwischen 1. September und 7. Dezember 2020 getätigt werden.
19.11.2020	796.798/12.088	
20.11.2020	819.262/12.714	Nach einer aktuellen Umfrage der Wirtschaftskammer des Polnischen Hotelgewerbes (Izba Gospodarcza Hotelarstwa Polskiego – IGHP) haben in diesem Jahr 38 % der Arbeitnehmer im Hotelgewerbe infolge der Corona-Pandemie ihre Arbeit verloren. Die IGHP warnt vor einem Arbeitsplatzverlust für weitere 16 % der Beschäftigten, sollte die Regierung keine rasche Unterstützung leisten.
21.11.2020	843.475/13.288	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki stellt den Plan »100 Tage Solidarität im Kampf gegen Covid-19« vor. Es werde angenommen, dass in 100 Tagen ein Impfstoff gegen die Corona-Pandemie zur Verfügung stehen wird. Ab Ende des Monats gelten verschärfte Schutzmaßnahmen. Vom 28. November bis 27. Dezember soll in Geschäften und Kirchen eine Person pro 15 m ² zugelassen werden. An Versammlungen dürfen max. fünf Personen teilnehmen; an privaten Treffen max. fünf Personen zusätzlich zu denen, die im betreffenden Haushalt leben. Abhängig vom Infektionsgeschehen sollen ab dem 28. Dezember wieder die Verhaltensregeln der »roten«, »gelben« bzw. »grünen Zone« gelten. Bei allgemeiner Verschlechterung der Infektionslage kann eine nationale Quarantäne zur Eindämmung des Infektionsgeschehens verhängt werden. Die verlängerten Winterferien dauern landesweit vom 4. bis 17. Januar; organisierte Winterferienreisen für Kinder finden nicht statt.
22.11.2020	861.331/13.618	
23.11.2020	876.333/13.774	Regierungssprecher Piotr Müller sagt, dass zurzeit Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaften und des Einzelhandels über einen dritten verkaufsoffenen Sonntag im Dezember geführt werden. Damit sollen Einkommenseinbußen aufgefangen werden, die durch Handelseinschränkungen infolge der Corona-Epidemie eingetreten sind.

Datum	Offiziell bestätigte Covid-19-Fälle/ Todesfälle*	Ereignis
24.11.2020	909.066/14.314	Nach Gesprächen mit Vertretern der Skibranche am Vortag teilt Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, mit, dass die Skianlagen in der Wintersaison 2020/21 geöffnet sein werden. Es wurde ein entsprechendes Hygienekonzept der Skibranche ausgearbeitet, das die Ausbreitung der Corona-Epidemie eindämmen soll. So soll sich auf dem Skigelände zusätzlich zum Personal max. eine Person pro 100 m ² aufhalten dürfen.
24.11.2020		Der Sprecher des Gesundheitsministeriums, Wojciech Andrusiewicz, sagt mit Blick auf die von Jarosław Gowin, Minister für Entwicklung, Arbeit und Technologie, bekannt gegebene Öffnung der Skianlagen in der Wintersaison 2020/21, dass nach aktuellem Stand der Dinge die Hotels und Pensionen geschlossen bleiben. Die Nutzung der Skianlagen sei daher Anwohnern und Tagesgästen vorbehalten.
24.11.2020		Gesundheitsminister Adam Niedzielski sagt in einem Radiointerview, dass im Rahmen der EU-Verträge mit Impfstoffentwicklern knapp 34 Mio. Impfgaben gegen Covid-19 für Polen zu Verfügung stehen, das heißt für die erwachsene Bevölkerung (rund 30 Mio. Menschen). Die Impfung werde nicht verpflichtend sein, das medizinische Personal, die uniformierten Dienste und Senioren sollen zuerst geimpft werden. Geplant werde, die Impfung in den regionalen Blutspendezentren durchzuführen, da es sie in jeder Woiwodschaft gebe und sie über eine entsprechende Infrastruktur zur Aufbewahrung des Impfstoffes verfügen.
25.11.2020	924.422/14.988	Das Ministerium für Bildung und Wissenschaft gibt bekannt, dass der Fernunterricht an den Schulen bis zum 3. Januar verlängert wird. Das Ziel ist, das Infektionsgeschehen der Corona-Epidemie einzudämmen. Bisher galt die Regelung bis zum 29. November. Ausnahmen sind der Sportunterricht und der Praxisunterricht im Rahmen der berufsbildenden Schulen, die als Präsenzveranstaltungen unter Einhaltung der Hygienevorschriften durchgeführt werden dürfen.
26.11.2020	941.112/15.568	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kündigt den Start des »Finanzschuttschildes 2.0« im Rahmen des Polnischen Entwicklungsfonds (Polski Fundusz Rozwoju – PFR) an, der die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie für die Unternehmen auffangen soll. Zur Verfügung stehen 3 Mrd. Zloty für Kleinunternehmen (ein bis neun Angestellte), 7 Mrd. Zloty für kleine und mittlere Unternehmen (bis 249 Angestellte) und ca. 25 Mrd. Zloty für Großunternehmen (ab 250 Angestellte). Laut Informationen der Regierung haben vom »Schuttschild 1.0« knapp 350.000 Unternehmen profitiert; die Summe belief sich auf ca. 60 Mrd. Zloty.
27.11.2020	958.416/16.147	Die Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) stellt auf einer Pressekonferenz Vorschläge zur Bekämpfung der wirtschaftlichen Folgen der Corona-Epidemie vor. Demnach sollen alle Sonntage im Jahr 2021 verkaufsoffene Sonntage sein. Die Winterferien sollen verlängert werden und vom 4. Januar bis zum 24. März 2021 dauern, was die Tourismusbranche unterstützen soll. In der vergangenen Woche hat Ministerpräsident Mateusz Morawiecki eine Verlängerung der Ferien vom 4. bis zum 17. Januar verkündet und mitgeteilt, dass organisierte Ferienreisen für Kinder nicht stattfinden werden, um das Corona-Infektionsgeschehen einzudämmen.
28.11.2020	973.593/16.746	Der Sejm beschließt, dass nur das medizinische Personal, das von den Woiwoden zur Behandlung von Covid-19-Patienten delegiert wird, zusätzliche Gehaltszahlungen in voller Höhe erhält. Damit wird das im Oktober verabschiedete Gesetz korrigiert, das diese Zahlungen für alle Angestellten im medizinischen Bereich vorsah, die in die Bekämpfung der Corona-Epidemie eingebunden sind. Der Senat, in dem die Opposition die Mehrheit stellt, hat gegen die Korrektur argumentiert, dass sie den in der Verfassung verankerten Gleichheitsgrundsatz verletze.
29.11.2020	985.075/17.029	
30.11.2020	985.075/17.029	Gesundheitsminister Adam Niedzielski äußert sich auf einer Pressekonferenz beunruhigt über die Bilder von Menschenansammlungen in Skianlagen ohne Einhaltung von Corona-Hygienemaßnahmen, die am Wochenende in den sozialen Medien verbreitet wurden. Sollte das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein nicht ausreichen, um die obligatorischen Corona-Schutzmaßnahmen einzuhalten, werde er sich für die Schließung der Skianlagen einsetzen. Am kommenden Wochenende sollen vorerst Kontrollen in den Skigebieten durchgeführt werden.

*Zahlen der Johns Hopkins Universität, 30.11.2020, 07:26 Uhr

16. – 30. November 2020

16.11.2020	Die EU-Botschafter Polens und Ungarns legen ihr Veto gegen den geplanten EU-Haushalt (2021 bis 2027) und das damit verbundene Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie ein. Die Vetos wurden bereits im Vorfeld angekündigt. Für die Verabschiedung des Haushaltspaketes ist das einstimmige Votum aller 27 EU-Mitgliedsstaaten notwendig. Der Hintergrund für das Veto ist der Plan, dass die Auszahlung der EU-Gelder künftig bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit gekürzt werden können. Über diesen Mechanismus wurde heute ebenfalls abgestimmt. Hier reichte die qualifizierte Mehrheit, so dass Polen und Ungarn hier kein Veto einlegen konnten.
18.11.2020	In Warschau setzt die Polizei bei einer Demonstration von einigen Tausend Teilnehmern gegen die Verschärfung des Abtreibungsrechts Pfefferspray ein und blockiert die Ausgänge des Versammlungsplatzes vor dem Sitz des regierungsnahen Fernsehsenders TVP. Die Proteste finden seit der Verkündung des umstrittenen Urteils des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) am 22. Oktober statt. Es bewertet Abtreibungen von Fötus mit schweren Schäden als illegal.
19.11.2020	Der Sejm verabschiedet einen von der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebrachten Beschluss, die Regierung in ihrer Ablehnung des EU-Haushaltspaketes zu unterstützen (236 Ja-Stimmen, 214 Nein-Stimmen, fünf Enthaltungen). Das Paket umfasst den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021 bis 2027) und einen Wiederaufbaufonds zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie. Die Auszahlung der Gelder soll mit der Einhaltung von Rechtsstaatlichkeitsprinzipien verknüpft werden. Dagegen haben die polnische und die ungarische Regierung ihr Veto angekündigt.
19.11.2020	In der Parlamentsabstimmung erhält die Kandidatin für das Amt der Bürgerrechtsbeauftragten, Zuzanna Rudzińska-Błuszcz, wieder nicht die erforderliche absolute Mehrheit. Die Juristin wird von der oppositionellen Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) vorgeschlagen und ist die einzige Bewerberin für das Amt. Zurzeit übt Adam Bodnar es weiter aus, dessen Amtszeit am 9. September regulär endete.
20.11.2020	Außenminister Zbigniew Rau schaltet die neu eingerichtete Internetseite »Kinder im Ausland« (»Dzieci za granicą«) frei, die auf Initiative seines Ressorts und des Kinderrechtsbeauftragten erstellt wurde. Polnische Familien, die in einem EU-Land, Großbritannien, Island, Norwegen oder der Schweiz leben, können dort Informationen über das Bildungssystem, Betreuungsangebote, Sozialhilfe u. ä. des betreffenden Landes abrufen. Das Portal soll es u. a. erleichtern, Hilfsangebote im Ausland wahrzunehmen.
23.11.2020	Der Parteivorsitzende der oppositionellen Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL), Władysław Kosiniak-Kamysz, fordert, die EU-Mitgliedschaft Polens in die Verfassung aufzunehmen. Aktueller Hintergrund ist die Ankündigung der Regierung, ein Veto gegen das EU-Haushaltspaket einzulegen. Die Auszahlung der Gelder soll an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeitsprinzipien geknüpft werden, was Anlass für die Drohung der Regierung mit einem Veto ist. Die Opposition warnt, dieses könne letztlich zu einem Austritt Polens aus der EU führen.
24.11.2020	Außenminister Zbigniew Rau weist die Befürchtungen der Opposition zurück, dass das von der Regierung angekündigte Veto gegen das EU-Haushaltspaket ein Schritt in Richtung »Polexit«, des Austritts Polens aus der EU, sei. Dies sei eine hysterische Überzeichnung der Opposition, denn ein Veto sei ein berechtigtes Mittel in der Verhandlungsführung und im Entscheidungsprozedere der EU. Der Hintergrund ist, dass die polnische Regierung ein Veto gegen das EU-Haushaltspaket in Aussicht gestellt hat. Dieses umfasst den mehrjährigen EU-Finanzrahmen (2021 bis 2027) und einen Wiederaufbaufonds zur Überwindung der Folgen der Corona-Pandemie; die Auszahlung der Mittel soll an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeitsprinzipien geknüpft werden.
25.11.2020	Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO), Senatoren der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und der Linken (Lewica) sowie Vertreter der Landwirtschaftskammer rufen die Regierung auf einer Pressekonferenz auf, kein Veto gegen das Haushaltspaket der Europäischen Union einzulegen. Ein Veto würde Polen auf der europäischen Bühne vollständig isolieren und der Gnade oder Ungnade der mächtigeren Nachbarn ausliefern, wie es in der polnischen Geschichte bereits der Fall war, so Senator Bogdan Klich (KO).
26.11.2020	Die Ministerpräsidenten von Polen und Ungarn, Mateusz Morawiecki und Viktor Orbán, unterzeichnen in Budapest eine Erklärung, die sich auf die Vereinbarung der Mehrheit der EU-Mitglieder bezieht, dass Auszahlungen aus dem EU-Haushaltspaket (mehrjähriger EU-Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie) künftig an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden. Morawiecki und Orbán sprechen sich gegen dieses Bedingungsgefüge sowie für die Suche nach Lösungen aus, die allen EU-Ländern den Zugang zu den EU-Mitteln gewährt. Der Zugang werde zurzeit von denen blockiert, die der Verknüpfung der Auszahlungen mit Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit zugestimmt hätten. In der vergangenen Woche haben die EU-Botschafter Polens und Ungarns aus Protest gegen die Bedingung der Rechtsstaatlichkeit ihr Veto gegen das EU-Haushaltspaket eingelegt, für dessen Verabschiedung Einstimmigkeit erforderlich ist.

26.11.2020	Die Fraktion der Polnischen Koalition (Koalicja Polska), die sich aus der Polnischen Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) und Kukiz '15 zusammensetzt, löst sich auf. Ein Grund ist, dass Abgeordnete von Kukiz '15 in der vergangenen Woche für den Beschluss der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) stimmten. Der Beschluss unterstützt die Ablehnung der Regierung gegenüber dem EU-Haushaltspaket, die darauf gründet, dass Auszahlungen künftig an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit geknüpft werden sollen. Der Parteivorsitzende der PSL, Władysław Kosiniak-Kamysz, kündigt an, andere Partner für die Polnische Koalition zu suchen.
26.11.2020	Das Europäische Parlament verabschiedet mit 455 Stimmen, 145 Gegenstimmen und 71 Enthaltungen eine Resolution, in der es den Richterspruch des polnischen Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK) zum Abtreibungsrecht vom 22. Oktober entschieden verurteilt. Das TK kam zu dem Schluss, dass Abtreibungen von Föten mit schweren Schäden nicht mit der polnischen Verfassung vereinbar seien. Demnach sind Abtreibungen in Polen nur legal, wenn die Schwangerschaft aus einer Straftat hervorging oder Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Mutter besteht. In der Resolution des Europäischen Parlaments heißt es, der Richterspruch gefährde das Leben und die Gesundheit der Mutter. Die Beschränkung oder das Verbot des Rechtes auf Abtreibung führe zur illegalen, geheimen und gesundheitsgefährdenden Durchführung von Abtreibungen. Die unveräußerliche Würde der Frau werde nicht geschützt und somit werden die EU-Grundrechtecharta, die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte, internationale, von Polen mitunterzeichnete Konventionen und die Verfassung der Republik Polen verletzt.
27.11.2020	Die Präsidentin des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny – TK), Julia Przyłębska, sagt, die Resolution des Europäischen Parlaments vom Vortag sei ein beispielloser Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen, die nicht den europäischen Verträgen unterliegen. Dies verletze die Unabhängigkeit des TK sowie die Gewaltenteilung und die Fundamente der Demokratie in Polen. Mit Blick auf die Resolution stellt Przyłębska klar, dass Abtreibungen in Polen legal sind, wenn die Schwangerschaft aus einer Straftat hervorging oder Gefahr für das Leben und die Gesundheit der Mutter besteht. Anschuldigungen der Europaparlamentarier, dass die Frauen infolge des Richterspruchs des TK zum Abtreibungsrecht keine Wahl hätten, wenn ihr Leben oder ihre Gesundheit durch die Schwangerschaft gefährdet ist, seien unbegründet. Das TK hatte am 22. Oktober Abtreibungen von Föten mit schweren Schäden für illegal erklärt. Die Resolution des Europäischen Parlaments verurteilte den Richterspruch mit überragender Mehrheit.
27.11.2020	Senatsmarschall Tomasz Grodzki (Bürgerplattform/Platforma Obywatelska – PO) fordert die Regierung in einem Fernsehauftritt »im nationalen Interesse« auf, kein Veto gegen das zur Abstimmung stehende EU-Haushaltspaket (mehrjähriger EU-Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie) einzulegen. Ein Veto würde gegen die wirtschaftlichen, politischen und strategischen Interessen Polens verstoßen. Die Regierung droht ebenso wie die ungarische Regierung mit einem Veto, da Zahlungen aus dem EU-Haushaltspaket künftig an die Einhaltung von Rechtsstaatlichkeitsprinzipien geknüpft werden sollen. Grodzkis Appell wird u. a. im regierungsnahen Polnischen Fernsehen (Telewizja Polska – TVP) gesendet.
29.11.2020	Der Fraktionsvorsitzende der Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO), Cezary Tomczyk, verurteilt den Vorfall vom Vortag, als die Polizei gegen die KO-Abgeordnete Barbara Nowacka Pfefferspray eingesetzt hat. Medienberichten zufolge hat Nowacka friedlich an einer Demonstration des Netzwerkes »Frauenstreik« (Strajk Kobiet) in Warschau teilgenommen und sich den Polizisten gegenüber als Abgeordnete ausgewiesen. Tomczyk kündigt an, dass die Fraktion der KO eine Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft beantragen wird. Seit dem umstrittenen Urteil des Verfassungstribunals (Trybunał Konstytucyjny) am 22. Oktober, das die Abtreibung von Föten mit schweren Schäden für illegal erklärt, finden in Polen Massendemonstrationen statt, zu denen der »Frauenstreik« aufruft.
30.11.2020	Krzysztof Szczerski, Staatssekretär beim Präsidenten, sagt in einem Radiointerview mit Blick auf das zu beschließende EU-Haushaltspaket (mehrjähriger EU-Finanzrahmen 2021 bis 2027 und Hilfspaket zur Bekämpfung der Folgen der Corona-Pandemie), dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft die Verhandlungssituation falsch eingeschätzt habe, wenn sie meine, dass eine Mischung aus Erpressung, Lobbyismus und medialem Druck den Widerstand Polens und Ungarns brechen könne. Es sei die Aufgabe der EU-Ratspräsidentschaft, einen Kompromiss herbeizuführen. Hintergrund ist, dass die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit im betreffenden Land gekoppelt sein soll. Die Regierungen von Polen und Ungarn haben mehrmals bekräftigt, aus Protest gegen diesen Mechanismus ihr Veto gegen das EU-Haushaltspaket einzulegen, das einstimmig verabschiedet werden muss.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und weiteren Partnern eines Konsortiums (siehe Titelseite) herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de



Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2020 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.